

Dezember 2024

Länderbericht

Multilateraler Dialog Genf



Genfer Großwetterlage

Die „Genfer Großwetterlage“ gibt einen Überblick über ausgewählte Entwicklungen der in Genf ansässigen internationalen Organisationen (September – Dezember 2024).

Andrea Ostheimer, Sarah Ultes, Cedric Amon, Dr Anja Maria Rittner

Menschenrechte

57. UN-Menschenrechtsrat: Weggabelung erreicht

„Entweder können wir aufwachen und die Dinge zum Besseren wenden oder in eine dystopische Zukunft schlafwandeln“, warnte Volker Türk im Rückblick auf die vergangenen zwei Jahre seit seinem Amtsantritt als UN-Hochkommissar für Menschenrechte. Sein globales Update¹ für die diesjährige Septembersitzung des Rats enthielt eindringliche Warnungen, dass die „neue Normalität“ der endlosen militärischen Eskalation, der Desinformation, der verabsolutierende Ansätze, der Missachtung des Völkerrechts und der Diskreditierung multilateraler Institutionen, um nur einige zu nennen, inakzeptabel sei. Nicht die Menschenrechte befänden sich in einer Krise, sondern die politische Führung, welcher es bedarf, diese zu verwirklichen.

Nach wochenlangen Beratungen während der 57. Sitzung vom 9. September bis 11. Oktober nahm der Menschenrechtsrat schließlich 38 Texte an², 28 davon im Konsens (74 %). Darunter waren mehrere Verlängerungen von länderspezifischen Mandaten, unter anderem zu Afghanistan und das thematische Mandat des Sonderberichterstatters zum Klimawandel. Die Verlängerung einiger länderspezifischer Mandate war gleichwohl Gegenstand von Diskussionen:

Obgleich die Verlängerung der Faktenfindungsmission (FFM) für den **Sudan**³ abgestimmt wurde,

erhielten die Experten eine breitere Unterstützung als noch im Vorjahr, auch von der Afrikanischen Gruppe. In ihrem ersten Bericht stellte die FFM fest, dass sowohl die sudanesischen Streitkräfte (SAF) als auch die schnellen Unterstützungskräfte (RSF) und die mit ihnen verbündeten Milizen eine Reihe von erschütternden Menschenrechtsverletzungen und internationalen Verbrechen begangen haben, von denen viele möglicherweise als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen sind. Insbesondere die RSF wurde für sexuelle Gewalt im großen Stil, einschließlich Gruppenvergewaltigungen und sexueller Sklaverei, verantwortlich gemacht. Entsprechend forderte die FFM die Ausweitung sowohl des bestehenden Waffenembargos als auch der Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) auf den gesamten Sudan. Darüber hinaus empfahlen sie die Einrichtung eines separaten internationalen Justizmechanismus, der parallel und ergänzend zum IStGH arbeiten soll, sowie den Einsatz einer „unabhängigen und unparteiischen Truppe mit einem Mandat zum Schutz der Zivilbevölkerung“.

Auch die Faktenfindungsmission zu **Venezuela**⁴ konnte erst nach einer Abstimmung verlängert werden. In ihrem jüngsten Bericht stellt die Mission fest, dass jede friedliche Opposition in einer der akutesten Menschenrechtskrisen der jüngeren Geschichte“ unterdrückt wird. Der UN-Hochkommissar Türk, welcher den Rat Mitte Dezember⁵ über die aktuelle Lage unterrichtete, konzentrierte sich hierbei vor allem auf die Gewalt während der Proteste nach den Wahlen im Juli

¹ Das globale Update des Hochkommissars findet sich [hier](#).

² Alle angenommenen Resolutionen können hier [hier](#) und [hier](#) eingesehen werden.

³ Mehr Informationen zur Faktenfindungsmission zum Sudan sowie ihr neuester Bericht finden sich [hier](#).

⁴ Mehr Informationen zur Arbeit der Faktenfindungsmission zu Venezuela und ihr jüngster Bericht finden sich [hier](#).

⁵ Das mündliche Update des Hochkommissars zu Venezuela vom 13.12. findet sich [hier](#) und [hier](#).

und August dieses Jahres und forderte die Behörden auf, die Tötungen zu untersuchen, die willkürlich Inhaftierten freizulassen, faire Gerichtsverfahren zu gewährleisten und einen offenen und integrativen zivilen Raum zu garantieren, insbesondere im Vorfeld der Wahlen im kommenden Jahr. Nachdem sein Büro im Februar des Landes verwiesen worden war, hat es in den letzten Wochen seine Arbeit wieder aufgenommen und ist zuversichtlich, dass eine vollständige Präsenz auch zeitnah wiederhergestellt werden kann⁶.

Auch die zweite Verlängerung des Mandats des Sonderberichterstatters für die **Russische Föderation**⁷ wurde erst nach einer Abstimmung beschlossen. In ihrem zweiten Bericht an den Rat wies Mariana Katzarova auf den engen Zusammenhang zwischen Aggression im Ausland und Unterdrückung im eigenen Land hin. Sie beschrieb die vollständige Schließung unabhängiger zivilgesellschaftlicher und politischer Foren und staatlich veranlasste Menschenrechtsverletzungen, die durch neue oder geänderte Gesetze legalisiert wurden. Tausende von Russen würden willkürlich festgenommen, weil sie als „ausländische Agenten“, „Extremisten“ bezeichnet oder mit „Fake News“, „unerwünscht“ oder „die Armee diskreditierend“ betitelt würden. Bereits gefährdete Gruppen waren besonders stark betroffen. Strafrechtliche Psychiatrie und Folter seien weit verbreitet. Letztere würde auch systematisch bei gefangenen ukrainischen Militärangehörigen angewandt, die nicht den Status von Kriegsgefangenen erhielten, sondern vor Militärgerichte gestellt würden, wo ihnen 20 Jahre bis lebenslängliche Strafen drohten.

Zu den weiteren umstrittenen Länderresolutionen gehörte eine über technische Hilfe für **Georgien**, in der unter anderem „Landbeschlagnahmungen“ in Abchasien sowie Erklärungen über „die Absicht, in der Region Zchinwali/Südossetien, Georgien, ein sogenanntes Referendum über den Beitritt zur Russischen Föderation abzuhalten“ verurteilt werden. Sie fordert den sofortigen und ungehinderten Zugang des Büros des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR) und anderer Menschenrechtsmechanismen zu diesen Regionen so-

wie die Fortsetzung der technischen Unterstützung durch das Büro in Tbilissi durch den Hochkommissar.

Auch über eine Resolution zu **Syrien** wurde abgestimmt. In ihrem letzten Bericht an den Rat hatte die unabhängige Untersuchungskommission⁸ (Col) alle Parteien aufgefordert, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen, uneingeschränkt mit der Kommission und dem Rat zusammenzuarbeiten und die Notwendigkeit der Rechenschaftspflicht betont. Die Kommission hatte unter anderem Folter und Misshandlung durch mehrere Parteien über Jahre hinweg dokumentiert⁹. Nach dem Sturz des Assad-Regimes am 8. Dezember forderte sie daher die neue Regierung auf, den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen, ihren Worten Taten folgen zu lassen und eine neue Ära der Achtung der Rechte einzuleiten¹⁰.

Während die Resolution zur technischen Hilfe für den **Jemen** im Konsens angenommen wurde, drückten westliche Länder und zivilgesellschaftliche Akteure ihre Enttäuschung darüber aus, dass nach der Auflösung der Gruppe eminenter Experten (GEE) im Jahr 2021 keine unabhängige Überwachung von Menschenrechtsverletzungen mehr möglich ist¹¹.

Die Enttäuschung war auch angesichts der Tatsache spürbar, dass der zweite Jahrestag der Veröffentlichung des UN-Berichts über **Xinjiang** ohne greifbare Fortschritte verstrich. Trotz der stillen Diplomatie von Hochkommissar Türk räumte das Büro im August ein, dass „viele problematische Gesetze und politische Maßnahmen nach wie vor in Kraft sind“, dass der Zugang eingeschränkt sei und dass auch Repressalien ein Problem darstellten.¹² Daher forderte die Kerngruppe zu Xinjiang – Australien, Dänemark, Finnland, Island, Kanada, Litauen, Norwegen, Schweden, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten –, China zu einer sinnvollen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und zur Umsetzung der im Bericht enthaltenen Empfehlungen auf¹³. Im Gegensatz dazu sprach sich Kuba im Namen von rund 80 Ländern gegen die Erklärung aus und betonte erneut, dass Xinjiang, Hongkong und Tibet innere Angelegenheiten Chinas seien.¹⁴

⁶ Mehr in einer Pressekonferenz vom 09.12.2024 [hier](#) und [hier](#).

⁷ Mehr Informationen zu Katzarova's Mandat, jüngste Statements und Berichte, können [hier](#) eingesehen werden.

⁸ Detailliertere Hintergrundinformationen zur Untersuchungskommission zu Syrien sowie ihre jüngsten Berichte finden sich [hier](#).

⁹ Der Bericht zu Folter und Misshandlungen in Syrien von 2020-2023 kann [hier](#) eingesehen werden.

¹⁰ Siehe [hier](#) und mehr zur Kommission [hier](#).

¹¹ Mehr Information zur Abstimmung im Jahr 2021, [hier](#) und mehr Hintergrund zur GEE, [hier](#).

¹² Das Update des OHCHR zu Xinjiang findet sich [hier](#), weitere Berichterstattung [hier](#).

¹³ Das gemeinsame Statement der USA zu Xinjiang findet sich [hier](#).

¹⁴ Das gemeinsame Statement von Kuba in Verteidigung von China kann [hier](#) und [hier](#) gefunden werden.

Thematische Resolutionen wurden unter anderem zu Rechten im Internet, biologischer Vielfalt oder den 30. Jahrestag der Erklärung von Peking und des Aktionsplans im kommenden Jahr angenommen.

Zusammensetzung des Rats 2025: USA nur noch Beobachter, Schweiz übernimmt Präsidentschaft

Am 9. Oktober wählte die UN-Generalversammlung in geheimer Abstimmung 15 neue Mitglieder und wählte drei Mitglieder (Benin, Gambia, Katar) erneut in den 47-köpfigen UN-Menschenrechtsrat für die Amtszeit 2025-2027. Von den fünf regionalen Gruppen war die Asien-Pazifik-Gruppe, die einzige, welche einen Wettbewerb zuließ. Mit nur 117 Stimmen belegte Saudi-Arabien den sechsten Platz hinter den Marshallinseln (124) und wurde somit nicht in den Rat gewählt. In allen anderen Regionalgruppen wurde die genaue Anzahl der Kandidaten für die verfügbaren Sitze bereits im Voraus ausgewählt, ein sogenannter „clean slate“. In der Gruppe der Westeuropäischen und anderen Staaten (WEOG) kandidierten die USA nicht für mehr für eine zweite Amtszeit. Bereits im Juni 2018 hatte Trump in seiner ersten Amtszeit beschlossen, sich aus dem Rat zurückzuziehen, eine Entscheidung, die unter Biden rückgängig gemacht wurde. Stattdessen erhielt die Schweiz die meisten Stimmen in der westlichen Gruppe, was indirekt auch den Weg dafür ebnete, dass der Schweizer Botschafter Jürg Lauber 2025 die Präsidentschaft des Menschenrechtsrats übernehmen wird. Nach seiner Wahl am 9. Dezember erinnerte er an die aktive Rolle der Schweiz bei der Ausgestaltung des Rates. Er versprach insbesondere, den „verlorenen diplomatischen Raum“ zu erneuern, um den Menschenrechten die Priorität zu geben, die sie verdienen. Die Botschafter von Rumänien, Bangladesch und der Demokratischen Republik Kongo werden im nächsten Jahr als Vizepräsidenten fungieren. Ein vierter Präsident aus der lateinamerikanischen und karibischen Gruppe steht noch nicht fest und wird zu einem späteren Zeitpunkt gewählt werden¹⁵.

Tag der Menschenrechte: Rückblick auf ein besonders konfliktreiches Jahr

Nach einem Jahr unermesslichen Leids hob Hochkommissar Türk zum Tag der Menschenrechte drei Bereiche hervor, die ihm besonders Sorge bereiten: Erstens die Zunahme bewaffneter Konflikte in Verbindung mit der Aushöhlung der Achtung

des Völkerrechts und der offensichtlichen Ungleichgültigkeit mächtiger Akteure. Er erinnerte Staaten insbesondere an ihre Verpflichtung zur Achtung des Völkerrechts und sprach sich gegen militarisierete Sicherheitskonzepte aus, wie etwa den Einsatz von Antipersonenminen oder die Herabsetzung der Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen. Stattdessen müsste mehr in Mediation, Dialog, Verhandlungen, Vertrauensbildung und starke Bündnisse zur Friedensschaffung investiert werden. Zweitens warnte Türk davor, dass die Verbreitung von Desinformationen und nicht auf Beweisen basierenden öffentlichen Debatten äußerst gefährlich sei, da sie sich nicht nur gegen Andersdenkende richte und den sozialen Zusammenhalt untergrabe, sondern oft auch mit dem „Othering“, dem Schaffen von Sündenböcken und der Entmenschlichung ganzer Gemeinschaften verbunden sei. Drittens lenkte der Fokus auf das Führen von Kriegen und die Desinformation von einigen der größten Herausforderungen für die langfristige Sicherheit ab, wie beispielsweise der dreifachen Planetenkrise. Mit Blick auf das Jahr 2025 plädierte Türk nachdrücklich für die Verteidigung der internationalen Institutionen, unter anderem durch die Bewältigung der Liquiditätskrise¹⁶.

Humanitäre Hilfe

OCHA: Neue Führung für System an Belastungsgrenze

Nach einer fünfmonatigen Vakanz an der Spitze des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) hat Tom Fletcher Mitte November den Spitzenposten von Martin Griffith übernommen. Griffith war aufgrund von Problemen mit Long-Covid unerwartet zurückgetreten. Damit ist er bereits der zweite Amtsinhaber, der den äußerst anspruchsvollen Posten vorzeitig verließ. Da politische Diplomatie-Bemühungen zur Beendigung von Konflikten rückläufig seien und die humanitäre Diplomatie in den Vordergrund rücke, sei die Welt heute schlimmer als bei seinem Amtsantritt im Jahr 2021, so Griffith. Trotz des sprunghaft angestiegenen Bedarfs, aber aufgrund schrumpfender Hilfsbudgets, senkte er die Forderung nach Mitteln zur Unterstützung der Schwächsten von 56 Milliarden USD im Jahr 2023 auf 49,6 Milliarden in diesem Jahr. Und als er Ende

¹⁵ Mehr Informationen zur Wahl zu Botschafter Lauber finden sich [hier](#) und [hier](#).

¹⁶ Das Statement Türks findet sich [hier](#), die Pressekonferenz kann [hier](#) nachverfolgt werden.

Juni zurücktrat, waren erst 8 Milliarden USD eingegangen. Noch nie sei es so schwierig und so schlimm gewesen wie jetzt, so Griffith.¹⁷

Als sechster Brite in Folge wurde die Nominierung des ehemaligen Diplomaten Tom Fletcher, der nur über begrenzte Erfahrung im humanitären Bereich verfügt, in der humanitären Gemeinschaft, insbesondere in südlichen Ländern, mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Das Zuhören und die Begegnung mit den Partnern vor Ort sowie die Suche nach Möglichkeiten, effizienter und integrativer zu arbeiten, werden daher zu seinen Prioritäten gehören, erklärte Fletcher und gab sich keinen Illusionen hin, dass das System an der Belastungsgrenze angekommen sei, selbst nach der „unbarmherzigen Prioritätensetzung“,¹⁸ die Griffith vorgenommen hatte.

Globaler Überblick über die humanitäre Hilfe im Jahr 2025: Unterfinanziert, überlastet und unter Beschuss

Bei der Vorstellung des neuen Globalen Humanitären Überblicks (GHO) für 2025 Anfang Dezember in Genf war selbst der Aufruf für das laufende Jahr 2024 nur zu 43% finanziert, wobei die USA allein 44% des Betrags beisteuerten.¹⁹ Der Aufruf für 2025 wurde in Umfang und Anspruch weiter reduziert. Er sieht 47 Milliarden Euro vor –weniger als 2% der weltweiten Militärausgaben–, um fast 190 Millionen der insgesamt 305 Millionen Menschen zu erreichen, die dringend humanitäre Hilfe benötigen²⁰. Allein für die Region des Nahen Ostens und Nordafrikas wird eine erhebliche Aufstockung der Mittel (34 % des Gesamtbetrags) erforderlich sein. Aus Angst, dass die neue Trump-Administration die Mittel wieder kürzen könnte, kündigte Fletcher bereits an, dass er „viel Zeit in Washington verbringen“ und „in die Hauptstädte gehen“²¹ werde. Die humanitäre Hilfe sei nicht nur unterfinanziert und überlastet, sondern auch unter Beschuss. Die Hauptgründe seien menschengemacht, nämlich Konflikte, bei denen das Völkerrecht vorsätzlich verletzt werde, und die Klimaerwärmung. 2024 war nicht nur das heißeste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen, sondern auch das brutalste und tödlichste Jahr für die humanitäre Hilfe.

Mehr als 280 humanitäre Helfer verloren bei der Ausübung ihres Dienstes ihr Leben – 63 % davon allein im Gazastreifen und in den besetzten paläs-

tinensischen Gebieten –, 525 waren schweren Angriffen ausgesetzt.²² Verhaftungen und Inhaftierungen würden rapide zunehmen, Hilfslieferungen absichtlich behindert. Mehr als 2.135 konfliktbedingte Angriffe auf medizinisches Personal und Gesundheitseinrichtungen seien gemeldet worden. Um 2025 wirksam Hilfe leisten zu können, sei die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und die Rechenschaftspflicht bei Verstößen von entscheidender Bedeutung.

Neue Initiativen, um Einhaltung des humanitären Völkerrechts in Mittelpunkt politischer Prioritätensetzung zu rücken

Am Rande der 79. UN-Generalversammlung in New York hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), Hüterin der Genfer Konventionen, eine neue Plattform ins Leben gerufen, um gemeinsam mit einer ersten Gruppe von sechs Ländern, die laut IKRK-Präsidentin Mirjana Spoljaric Egger Einfluss und Gewicht auf der internationalen Bühne haben –Brasilien, China, Frankreich, Jordanien, Kasachstan und Südafrika,²³– die Defizite bei der Umsetzung humanitären Völkerrechts anzugehen. Alle Hohen Vertragsparteien der Konventionen wurden eingeladen, sich an dem auf zwei Jahre angelegten Prozess zu beteiligen, um konkrete und praktische Maßnahmen zu entwickeln, mit welchen die Staaten und ihre Verantwortlichen humanitäres Völkerrecht besser einhalten können. Ziel ist es, die daraus resultierenden Empfehlungen den Vertragsparteien auf einem hochrangigen Treffen im Jahr 2026 zur Annahme vorzulegen.

Ebenso am Rande der UN-Generalversammlung stellte Gloria Gaggioli, ehemalige Direktorin der Geneva-Akademie und Professorin an der juristischen Fakultät der Universität Genf, das Projekt „IHL in Focus“²⁴ vor, welches eine unabhängige Prüfung der weltweiten Einhaltung des humanitären Völkerrechts vorsieht, um die Achtung dieses Rechtsbestands zu verbessern. Die Ergebnisse sollen in einem jährlichen globalen Bericht veröffentlicht werden. Ein erster Spot-Bericht wurde bereits veröffentlicht²⁵. Die Veranstaltung wurde gemeinsam vom Vereinigten Königreich, Belgien, Indonesien, Jordanien, Mexiko und der Europäischen Union ausgerichtet.

¹⁷ Mehr Informationen finden sich [hier](#), [hier](#) und [hier](#).

¹⁸ Mehr Informationen zu Fletcher [hier](#), [hier](#) und [hier](#).

¹⁹ Eine aktuelle Übersicht zur Finanzierung humanitärer Hilfe, findet sich auf [fts](#), siehe [hier](#).

²⁰ Der Globale Humanitäre Überblick für 2025 findet sich [hier](#), die Vorstellung in Genf kann [hier](#) nachverfolgt werden.

²¹ Mehr Informationen dazu, [hier](#).

²² Mehr Informationen zu humanitären Helfern finden sich [hier](#) und [hier](#).

²³ Mehr zur Initiative, [hier](#).

²⁴ Mehr zum Projekt „IHL im Fokus“, [hier](#).

²⁵ Der erste Spotlight-Bericht findet sich [hier](#).

34. Internationale Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds

Inmitten der weltweit eskalierenden Konflikte traf die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung mit all ihren 191 Gesellschaften vom 28. bis 31. Oktober in Genf mit Repräsentanten der 196 Vertragsstaaten der Genfer Konventionen und dem IKRK zusammen, um die Richtung für die kommenden Jahre zu besprechen. Eine der wichtigsten Prioritäten sei der Aufbau einer Kultur der Einhaltung des humanitären Völkerrechts, welche IKRK-Präsidentin Spoljaric Egger in ihrer Eröffnungsrede direkt ansprach, als sie die in Artikel 1 dargelegten Verpflichtung jeder Hohen Vertragspartei betonte, die Abkommen nicht nur, „unter allen Umständen einzuhalten“, sondern auch, ihre „Einhaltung durchzusetzen“ („respect and ensure respect“²⁶). Nach intensiven Diskussionen wurden die fünf vorgelegten Resolutionen alle angenommen. Sie konzentrierten sich auf ebendiese 1) universelle Kultur der Einhaltung des humanitären Völkerrechts, 2) digitale Technologien in bewaffneten Konflikten (zum ersten Mal), 3) Katastrophenrisikobewältigung, 4) lokale Führung und Widerstandsfähigkeit und 5) klimabedingte Auswirkungen²⁷. Darüber hinaus wurde eine sechste Resolution zur Umsetzung der Vereinbarung zwischen Magen David Adom (MDA), der israelischen Nationalen Gesellschaft und der Palästinensischen Rothalbmondgesellschaft (PRCS) angenommen, obwohl der politische Druck deutlich zugenommen hatte und seit dem 7. Oktober mit dem anschließenden Gazakrieg sechs respektive 21 Kollegen im Dienst ums Leben kamen.²⁸

Frieden und Sicherheit

Sudan: Gespräche zur schlimmsten humanitären Krise der Welt in Genf

Da die sudanesischen Streitkräfte (SAF) zahlreiche Versuche der USA, persönlich an den Waffenstillstandsgesprächen in Genf teilzunehmen, wegen unerfüllter Vorbedingungen – wie der Ausladung der Vereinigten Arabischen Emirate als Beobachter – ablehnten, wurden die Hoffnungen auf das Treffen Ende August früh enttäuscht. Dennoch hielten die USA als Initiator, vertreten durch den Sondergesandten und Verhandlungsführer Tom Perriello, sowie die Schweiz und Saudi-Arabien als

Mitveranstalter des zehntägigen Treffens am Treffen fest und fokussierten sich dafür eher auf die Verbesserung der humanitären Hilfe. Die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und sudanesischen Frauengruppen waren als Beobachter anwesend. Mit einer Delegation der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF), die in Genf anwesend waren, und der SAF, welche sich virtuell zuschaltete, wurde während des zehntägigen Treffens die vorübergehende Öffnung des Grenzübergangs Adre zwischen dem Tschad und Darfur erreicht,²⁹ Garantien für die Dabbah Road von Port Sudan gingen ein und weitere Öffnungen seien im Gespräch.³⁰ Derzeit leidet mehr als die Hälfte der sudanesischen Bevölkerung an einer Hungerkrise (IPC3 oder höher), 14 Gebiete sind von einer Hungersnot bedroht (IPC5). Darüber hinaus gilt der Sudan mit mehr als 12 Millionen Vertriebenen als die größte Vertreibungskrise der Welt.³¹

Assadregime nach 54 Jahren gefallen: Erste Reaktionen aus dem internationalen Genf zu Syrien

OHCHR: Rechenschaftspflicht zentral

Seit dem Sturz von Bashar al-Assad am 8. Dezember haben mehrere UN-Organisationen in Genf ihre Einschätzungen der Lage, Erkenntnisse aus ihrer Arbeit und ihre Prioritäten für eine bessere Zukunft des Landes mitgeteilt. Als einer der ersten sprach der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen, Volker Türk, vor der Presse über den entscheidenden Punkt der Rechenschaftspflicht: erstens durch eine erweiterte internationale Gerichtsbarkeit, die rund 40 Länder weltweit geschaffen haben, zweitens durch die Überweisung der Situation an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), entweder durch den UN-Sicherheitsrat oder durch die Ratifizierung des Römischen Statuts durch Syrien selbst, und drittens durch den Aufbau eines nationalen Rechtssystems, das faire Gerichtsverfahren ermöglicht. Darüber hinaus forderte er eine Reform des Sicherheitsapparats, die sich mit der Tragödie der Vermissten befasst, die Achtung der internationalen Menschenrechtsnormen durch alle Parteien, einen politischen Prozess in nationaler Verantwortung, bei dem die Menschenrechte aller Syrer im Mittelpunkt ste-

²⁶ Die Rede von Mirjana Spoljaric Egger findet sich [hier](#).

²⁷ Alle Resolutionen und weitere Hintergrundinformationen zur Konferenz sind [hier](#) einsehbar.

²⁸ Mehr kann [hier](#) und [hier](#) eingesehen werden.

²⁹ Nachdem die ursprüngliche Frist von drei Monaten verstrichen war, wurde eine weitere Verlängerung um drei Monate gewährt.

³⁰ Ein Pressestatement der USA findet sich [hier](#) und ein gemeinsames Statement der ALPS Gruppe [hier](#).

³¹ Die neuesten Zahlen zu Vertriebenen und humanitären Bedarfe können [hier](#), [hier](#) und [hier](#) eingesehen werden.

hen, sowie die Wiederherstellung der Souveränität, Einheit, Unabhängigkeit und territorialen Integrität des Landes.

Das Menschenrechtssystem kann dieses Vorhaben mit mehreren Institutionen unterstützen, die in den letzten Jahren weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen dokumentiert haben: sein eigenes Büro (OHCHR), der Internationale, unparteiische und unabhängige Mechanismus (IIM) für Syrien³², die unabhängige internationale Untersuchungskommission (Col) für Syrien³³ und die unabhängige Institution für vermisste Personen (IIMP) in Syrien³⁴, die sich noch im Aufbau befindet. Hoffnung schöpfte Turk auch aus einer sehr aktiven Zivilgesellschaft, die sich „äußerst engagiert“ für die Menschenrechte einsetze³⁵.

Geir Pedersen: Wendepunkt, viel Hoffnung und enorme Herausforderungen

Nach Reisen nach Genf und Jordanien zum Ministertreffen der Gemeinsamen Kontaktgruppe für Syrien in Akaba traf der Sondergesandte des Generalsekretärs für Syrien, Geir Pedersen, in Damaskus mit der Führung von Hay'at Tahrir ash-Sham (HTS), Vertretern des Syrischen Nationalrats (SNC), Familienangehörigen von Inhaftierten und Vermissten sowie einer ganzen Reihe von Akteuren zusammen. Er wies auf die instabile Sicherheitslage hin, die durch Kämpfe zwischen der syrischen Nationalarmee (SNA) und den Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) im Nordosten und den israelischen Verteidigungskräften (IDF) im Südwesten gekennzeichnet ist. Mehr als 350 Angriffe wurden registriert. Pedersen rief dazu auf, die Siedlungsaktivitäten auf dem besetzten syrischen Golan einzustellen und generell alle Angriffe auf die territoriale Integrität Syriens zu unterlassen. Da der Konflikt noch nicht beendet ist, sind Deeskalation und ein landesweiter Waffenstillstand von zentraler Bedeutung. In Anbetracht des enormen Bedarfs sei über die humanitäre Hilfe hinaus Unterstützung in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung und Wiederaufbau erforderlich, aber auch angemessene Maßnahmen in Bezug auf die Benennungen und die Neubewertung und schließlich Beendigung von Sanktionen.

Hinsichtlich des politischen Übergangsprozesses einigte sich die Gemeinsame Kontaktgruppe von Aqaba auf einen von Syrien geführten und von Syrien selbst verantworteten Prozess,³⁶ der in einem

transparenten Verfahren auf der Grundlage der Resolution 2254 des Sicherheitsrates eine inklusive, nicht-sektiererische und repräsentative Regierung hervorbringt, die, wie er anmerkte, nicht mechanisch angewendet werden kann. Erstens müssten die staatlichen Institutionen geschützt werden, zweitens müsse der Übergang das breitere Spektrum der syrischen Gesellschaft und der Parteien glaubwürdig einbeziehen, drittens müsse eine neue Verfassung ausgearbeitet werden und viertens seien freie und faire Wahlen nach internationalen Standards entscheidend. Wie Turk unterstrich auch Pedersen die zentrale Bedeutung der Übergangsgerechtigkeit, ohne die Syrien und die Syrer nicht in der Lage sein werden, die gewalttätige Vergangenheit zu überwinden. Im gesamten UN-System herrschte die Entschlossenheit, die UN-Präsenz in Syrien zu verstärken und die Syrer dabei zu unterstützen, voranzuschreiten und eine Führungsrolle zu übernehmen.³⁷

IKRK: Beweissicherung und Einhaltung des humanitären Völkerrechts

Mit 500 Mitarbeitern im ganzen Land war das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in den vergangenen Jahren präsent und vergrößert sich derzeit, insbesondere angesichts der enormen Arbeit im Zusammenhang mit den Vermissten. Zwar wurden bereits 35.000 in Syrien vermisste Personen registriert, doch ist sich das IKRK bewusst, dass dies nur einen Bruchteil der tatsächlichen Zahl widerspiegelt. Das IKRK hat aus erster Hand gesehen, wie Register, Aufzeichnungen und Sterbeurkunden rund um das Sednaya-Gefängnis verstreut waren, und rief alle Beteiligten dazu auf, alle Informationen und Beweise, Begräbnisstätten und Orte, an denen Menschen mögliche sterbliche Überreste identifiziert haben, zu sichern. Das IKRK hat den Behörden seine Unterstützung angeboten und gleichzeitig um Zugang zu allen verbleibenden Hafteinrichtungen gebeten. Es wurden zwei Hotlines eingerichtet, eine für freigelassene Gefangene und eine für Familien, die auf der Suche nach ihren Angehörigen sind. Die Unterstützung der Organisation umfasst unter anderem psychologische Betreuung, medizinische Versorgung, wirtschaftliche, rechtliche und administrative Hilfe³⁸.

³² Mehr Hintergrundinformationen zum IIM zu Syrien, [hier](#).

³³ Mehr Informationen zur Col zu Syrien finden sich [hier](#).

³⁴ Mehr Informationen zum IIMP zu Syrien, [hier](#).

³⁵ Die Pressekonferenz kann [hier](#) und [hier](#) nachverfolgt werden.

³⁶ Das gemeinsame Statement zu Syrien findet sich [hier](#).

³⁷ Aktuelle Informationen über die Lage im Büro des Sondergesandten des Generalsekretärs für Syrien finden Sie [hier](#). Die Pressekonferenz von Geir Pedersen in Genf [hier](#) und sein letztes Briefing vor dem Sicherheitsrat, [hier](#).

³⁸ Weitere Informationen und Unterstützung von Seiten des IKRK kann [hier](#) abgerufen werden.

OCHA: Mehr als 70% der Syrer auf humanitärer Hilfe angewiesen

Tom Fletcher, der neue Leiter des OCHA, erinnerte daran, dass die Entwicklungen der letzten Tage zwar dramatisch waren, sich das Ausmaß der humanitären Krise in Syrien jedoch nicht geändert hat: Mehr als 17 Millionen Menschen oder 70 % der Bevölkerung benötigen humanitäre Hilfe. Seine ersten persönlichen Treffen mit der neuen geschäftsführenden Regierung wurden als „ermutigend“ bezeichnet, da er mehrere Zusagen und Zusicherungen erhielt, u. a. für die Beförderung von Hilfspersonal und Hilfsgütern, den Zugang zu den Bedürftigen oder die Ausstellung von Visa und Registrierungsdokumenten für NGOs. Angesichts des Ausmaßes des Bedarfs und der größten Finanzierungslücke in der Geschichte der Syrienhilfe rief Fletcher die internationale Gemeinschaft auf, die Hilfe mit flexibleren Mitteln zu unterstützen. Zum Jahresende ist der Syrien-Plan nur zu 32,7 % finanziert.³⁹

UNHCR: Bemerkenswerte Chance, aber weiterhin Schutz und Unterstützung erforderlich

Mit mehr als 13 Millionen Menschen, die aus ihren Häusern fliehen mussten, 7 Millionen Binnenvertriebenen und 6 Millionen im Ausland lebenden Flüchtlingen ist Syrien immer noch die größte Vertreibungskrise der Welt. Darüber hinaus wurden seit Beginn der Offensive am 27. November fast 1 Million Menschen neu vertrieben. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) beobachtete Bewegungen in beide Richtungen: Tausende kehrten aus dem Libanon, der Türkei und Jordanien zurück, aber auch Tausende verließen das Land in Richtung Libanon. Die Lage blieb unbeständig und alles andere als stabil. In einem aktualisierten Positionspapier zur Rückkehr⁴⁰ ruft die Organisation daher die Staaten auf, niemanden gewaltsam in einen Teil Syriens zurückzuschicken. Die Voraussetzungen für die Beendigung des Flüchtlingsstatus seien derzeit nicht erfüllt. Die Agentur betonte wiederholt, dass jede Rückkehr freiwillig, sicher und menschenwürdig sein müsse. Auch das Recht der (neu) aus Syrien geflohenen Zivilisten auf Asyl müsse gewährleistet sein. Um die Bemühungen zur Unterstützung von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen, die nach Syrien zurückkehren, zu verstärken, rief die Agentur zur Bereitstellung von 310 Mio. USD auf und forderte die internationale Gemeinschaft auf, Syrer in großer humanitärer Not zu unterstützen und in den Wiederaufbau,

Wiederherstellungsinitiativen und Lebensunterhaltungsmöglichkeiten zu investieren.

IOM: Präsenz wieder etabliert, Rückkehr von Binnenvertriebenen zu unterstützen

Die Leiterin der Internationalen Organisation für Migration (IOM), Amy Pope, hat auf ihrer jüngsten Reise nach Damaskus das Engagement der Organisation in Syrien bekräftigt, unter anderem gegenüber der neuen Übergangsregierung. Die Präsenz der IOM wird derzeit wiederhergestellt, um die Rückkehr von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen zu unterstützen. Pope rief die internationale Gemeinschaft dazu auf, nicht nur Mittel für einen 30-Millionen-Dollar-Appell ihrer eigenen Organisation zu mobilisieren, sondern auch die Unterstützung für das gesamte UN-System im Land zu verstärken.⁴¹

WHO: Gesundheitliche Notfälle und erhöhte Nachfrage nach medizinischer Versorgung

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) äußerte sich optimistisch zu den jüngsten Entwicklungen in Syrien nach dem Sturz von al-Assad und der Einsetzung einer Übergangsregierung durch die Rebellen. Generaldirektor Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus betonte, dies bringe „neue Hoffnung“ für das Land, und hoffte auf einen dauerhaften Frieden. Trotz des positiven Umschwungs bleiben jedoch große gesundheitliche Herausforderungen bestehen, da das syrische Gesundheitssystem nach fast 14 Jahren Krieg stark geschwächt ist. Die WHO stockt ihre Hilfe auf, um den erhöhten Bedarf an medizinischer Versorgung zu decken und gesundheitliche Notfälle zu bewältigen. Dr. Tedros forderte alle Parteien auf, sichere und ungehinderte humanitäre Hilfe zu ermöglichen.⁴²

Handel und Digitales

(Wieder-)wahl der WTO Generaldirektorin

Ngozi Okonjo-Iweala, die amtierende Generaldirektorin der Welthandelsorganisation (WTO), wurde am 29. November für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Sie trat unangefochten zur Wahl an, nachdem die [Nominierungsfrist war am 8. November 2024 verstrichen](#) war und es keine Gegenkandidaturen gab. Ihre erste Amtszeit sollte im August 2025 auslaufen. Der reguläre Nominierungsprozess hätte am 1. Dezember 2024 begonnen,

³⁹ Ein Update zu dem Syrien-Aufruf kann [hier](#) eingesehen werden und weitere Informationen zur Arbeit von OCHA [hier](#).

⁴⁰ Das Positionspapier findet sich [hier](#), Stellungnahmen [hier](#), [hier](#) und [hier](#).

⁴¹ Die neuesten Informationen zur Arbeit von IOM finden sich [hier](#) und [hier](#).

⁴² Mehr kann [hier](#), [hier](#) und [hier](#) eingesehen werden.

neun Monate vor Ablauf der Amtszeit. Der Allgemeine Rat der WTO stimmte ihrer Wiederwahl während einer von Petter Olberg, dem Vorsitzenden des Allgemeinen Rates und Botschafter Norwegens, einberufenen Sondersitzung am 28. und 29. November einvernehmlich zu. Ihre Kandidatur erhielt breite Unterstützung von vielen WTO-Mitgliedern, insbesondere von der afrikanischen Ländergruppe der WTO, die Okonjo-Iwealas Führungsrolle in schwierigen globalen Handelsstreitigkeiten und ihre Bemühungen zur Wiederbelebung der Funktionalität der Organisation würdigten.

Offiziell wurde der Wiederwahlprozess auf Antrag afrikanischer Mitglieder vorgezogen, die argumentierten, dass frühzeitige Klarheit über die Führungsposition die Vorbereitungen für die nächste Ministerkonferenz der WTO (MK14) erleichtern würde, die vom 26. Februar bis 1. März 2026 in Kamerun stattfinden wird. Zweifelsohne beeinflussten die Wiederwahl von Donald Trump in den USA, dessen Regierung die Nominierung von Dr. Okonjo-Iweala im Jahr 2020 blockiert hatte, sowie die Risiken im Zusammenhang mit veränderten geopolitischen Dynamiken die Entscheidung für einen beschleunigten Nominierungsprozess für das höchste Amt der WTO.

Erste Signale für den beschleunigten Nominierungsprozess kamen im Juli 2024 auf, als mehrere WTO-Mitglieder ihre Unterstützung für den Vorschlag der Afrikanischen Gruppe äußerten. Die Generaldirektorin der WTO bestätigte im September öffentlich ihren Wunsch nach einer zweiten Amtszeit, woraufhin die Aufforderung zur Einreichung von [Nominierungen am 8. Oktober 2024](#) eröffnet wurde. Da bis zur Frist am 8. November 2024 keine weiteren Kandidaturen eingereicht wurden, kündigte der Vorsitzende des Allgemeinen Rates später eine Sondersitzung für die Wahl am 28. und 29. November an, anstatt die Wiederwahl in die regulär geplante Sitzung des Allgemeinen Rates vom 16. bis 18. Dezember einzubeziehen.

Nichtsdestotrotz wurde das beschleunigte Verfahren nicht von allen Mitgliedern oder politischen Beobachtern positiv aufgenommen, und einige Vorbehalte gegen diesen Prozess wurden laut. Der verkürzte Zeitrahmen wird von einigen, insbesondere Kritikern in den USA, als ein Manöver angesehen, um mögliche Opposition durch die neue US-Regierung unter Donald Trump zu verhindern. Seine frühere Regierung hatte sich 2020 gegen die Kandidatur von Okonjo-Iweala ausgesprochen und sie als [zu China-freundlich](#) bezeichnet. Auch die [scheidende Biden-Harris-Regierung warnte](#)

[vor dem beschleunigten Verfahren](#), lehnte es jedoch nicht ausdrücklich ab. Im schlimmsten Fall und bei fehlendem Konsens hätten die Mitglieder zu einer Abstimmung aufrufen können. Dies hätte jedoch einen wenig wünschenswerten Präzedenzfall geschaffen, der Dr. Okonjo-Iweala vor ihrer zweiten Amtszeit geschwächt hätte, da bis dato kein Generaldirektor der WTO jemals durch eine Abstimmung gewählt wurde. Die Abweichung zu einem beschleunigten Verfahren wurde daher als potenziell unterminierend für die Unparteilichkeit des Wiederwahlprozesses kritisiert, während Kritiker argumentierten, dass sie das Risiko birgt, die Führung der Organisation zu politisieren.

Andererseits sollte betont werden, dass die WTO unter der Führung von Dr. Okonjo-Iweala in Zeiten turbulenter geopolitischer Herausforderungen ein wichtiges Forum für multilateralen Handel geblieben ist. Obwohl das Übertreffen der Erwartungen und das Erzielen konkret messbarer Ergebnisse bei MK12 eher die Ausnahme als die Regel in der jüngeren WTO-Geschichte darstellt, sind diese Erfolge weitgehend der amtierenden Generaldirektorin zuzuschreiben. Um der Organisation weiterhin Stabilität zu verleihen und ihre Position als globales „House of Trade“ zu bewahren, hätte eine Pattsituation, wie sie während des vorherigen Wahlzyklus erlebt wurde, nur wenigen WTO-Mitgliedern gedient und diente somit eher als Schreckszenario.

Obgleich Okonjo-Iweala sich ihre zweite Amtszeit mit breiter Unterstützung sichern konnte, unterstrich der Prozess das empfindliche Zusammenspiel globaler Handels- und internationaler Politik. Der Versuch der WTO, die Anliegen der Mitgliedsstaaten gegen die operative Dringlichkeit abzuwägen, spiegelt die anhaltende Herausforderung der Organisation wider, um ihr facettenreiches globales Mandat zu erfüllen.

Künstliche Intelligenz als Triebkraft des globalen Handels

Die WTO veröffentlichte kürzlich den Bericht ["Trading with Intelligence: How AI Shapes and is Shaped by International Trade"](#), der die transformative Rolle von künstlicher Intelligenz (KI) bei der Neugestaltung der globalen Handelsdynamiken untersucht. Die Studie, die im Rahmen einer hochrangigen Veranstaltung am 21. November 2024 im WTO-Hauptquartier in Genf vorgestellt wurde, hebt sowohl die Chancen als auch die Herausforderungen hervor, die KI für den internationalen Handel und deren politische Gestaltung mit sich bringt. In ihrem Vorwort beschreibt die Generaldirektorin der WTO, Dr. Okonjo-Iweala, den Bericht

als erste Bestandsaufnahme, um die Auswirkungen von KI auf den globalen Handel zu verstehen, Trends wie eine drohende KI-Kluft zu antizipieren und abzumildern, sowie um die Organisation in Anbetracht dieser neuen Realität aufzustellen.

Der Bericht hebt das Potenzial von KI vor, Handelskosten zu senken, Lieferketten zu automatisieren, die Einhaltung von Vorschriften zu verbessern und den Handel mit KI-gesteuerten Gütern und Dienstleistungen zu fördern. Simulationen zufolge könnten, im optimistischen Szenario „globaler Synergien“ die weltweite Einführung von KI das globale Handelswachstum bis 2040 um bis zu 14 % steigern. Es wird jedoch auch vor potenziellen Kehrseiten gewarnt, darunter einer „KI-Kluft“ zwischen hoch- und niedrigentwickelten Volkswirtschaften, regulatorischer Fragmentierung sowie Fragen von Data-Governance und geistigen Eigentums.

Der Bericht beleuchtet die möglichen Schattenseiten einer fragmentierten regulatorischen Landschaft im Bereich der KI-Governance und hebt die Notwendigkeit global koordinierter KI-Regulierungen hervor. Er zeigt die unterschiedlichen KI-Kapazitäten auf: Während Industriestaaten wie die USA in Bezug auf ihre Investitionen in KI-Bereich, sowie mit damit einhergehender Einführung neuer Rechtsrahmen dominieren, hinken viele Entwicklungsländer hinterher. Diese Kluft könnte wirtschaftliche Ungleichheiten verschärfen, es sei denn, sie wird durch kooperative Maßnahmen angegangen.

Mit diesem Bericht und der dazugehörigen Veranstaltung versucht die WTO, sich als Schlüsselakteur bei der Überbrückung dieser Kluften zu positionieren, indem sie ihre Plattform nutzt, um multilaterale Absprachen zu schaffen, die eine gerechte Verteilung der KI-Vorteile gewährleisten und gleichzeitig Risiken mindern kann. Der Bericht reiht sich zudem in eine breitere Diskussion über die Rolle von Technologie zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) ein und hebt das Potenzial von KI hervor, den Zugang zu globalen Märkten zu erleichtern.

Diese Veröffentlichung ist angesichts der globalen Fragmentierung in der KI-Politik und des zunehmenden Wettbewerbs um technologische Dominanz zwischen wichtigen Volkswirtschaften, darunter die USA, die EU und China besonders zeitgemäß. Darüber hinaus fällt der Bericht in eine Zeit, in der die Regulierung von transnationalen Datenströmen stark umstritten ist und die Fragen rund um die Erhebung von Zöllen auf elektronische Übertragungen nicht endgültig geklärt sind. Das sogenannte E-Commerce-Moratorium könnte Ende des nächsten Jahres auslaufen. Es bleibt abzuwarten, wie lange das von der Veranstaltung

ausgehende Momentum angesichts geopolitischer Turbulenzen und einer sinkenden Bereitschaft für multilaterale Lösungen aufrechterhalten werden kann.

Künstliche Intelligenz im Mittelpunkt der digitaler Verhandlungen

Das Thema künstliche Intelligenz stand in den letzten Monaten auch in den meisten anderen Bereichen der digitalen Angelegenheiten im Mittelpunkt. Der WTO-Bericht „Trading with Intelligence: How AI Shapes and is Shaped by International Trade“ stimmt daher mit einem breiteren Spektrum globaler Diskussionen über KI-Governance, wirtschaftliche Integration und Standards überein. Zu den wichtigsten damit verbundenen Ereignissen und Veröffentlichungen gehören das Weißbuch des [Weltwirtschaftsforums \(WEF\) über KI und Handel](#), die [Annahme des Global Digital Compact während des „Summit of the Future“](#) am 22. September in New York, die [Weltversammlung für Telekommunikationsnormen \(WTSA\)](#) vom 15. bis 24. Oktober in Neu-Delhi und der [KI-Politikgipfel 2024](#) vom 1. bis 2. November in Zürich.

Allein die Annahme des Globalen Digitalpakts (GDC) stellt einen wichtigen Meilenstein für digitale Governance dar, indem er neue Impulse in die Internet-Governance-Debatten gebracht hat. Der Digitalpakt verankert beispielsweise wichtige Errungenschaften hervor, wie die Anerkennung der Rolle von multistakeholder Governance in digitalen Angelegenheiten und die Forderung nach gemeinsamen Prinzipien im Umgang mit digitalen Technologien, einschließlich KI, um einen gerechten Zugang und eine ethische Anwendung im Einklang mit den Menschenrechten und den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu gewährleisten. Obwohl nicht ohne Kontroversen – insbesondere hinsichtlich des Prozesses, der zur Annahme des Digitalpakts führte – konzentrieren sich politische Entscheidungsträger in Genf nun besonders auf die Umsetzung des Abkommens im Hinblick auf die bevorstehende Überprüfung des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (WSIS+20 Review). Die Überprüfung des WSIS ist für Ende 2025 geplant, und bis dahin werden eine Reihe wichtiger Treffen stattfinden. Das Internet Governance Forum, das vom 15. bis 19. Dezember 2024 in Riad, Saudi-Arabien, stattfand, und die WSIS+20 Forum High-Level-Veranstaltung vom 27. bis 31. Mai 2025 werden dazu beitragen, die Zukunft der Vereinten Nationen in digitalen Angelegenheiten zu gestalten.

Die diesjährige Weltversammlung für Telekommunikationsstandardisierung (WTSA-24) in Neu-Delhi richtete den Fokus auf die technischen Aspekte

der KI-Standardisierung. Nachdem sie 2022 aufgrund der COVID-19-Pandemie in Genf statt in Hyderabad stattfand, [nutzte die Gastgeberregierung die Veranstaltung, um sich als Schlüsselakteur im Telekommunikations- und Technologiesektor zu präsentieren](#). Dies spiegelte sich auch in der Anzahl der von indischen Experten besetzten Vorsitz- und Vizevorsitzpositionen wider, die von sieben bei der WTSA-22 auf elf Führungspositionen für die kommende Studienperiode stiegen.

Darüber hinaus fanden bei der Versammlung mehr als 20 Nebenevents zu Themen der künstlichen Intelligenz statt, bei denen unter anderem Standards für KI-fähige digitale Netzwerke diskutiert wurden. Die Ergebnisse der Versammlung betonten die dringende Notwendigkeit eines Konsenses über gerechte und inklusive Standards, um die globale digitale Kluft zu überbrücken, und unterstrichen die Bedeutung der Veranstaltung für die Gestaltung der internationalen digitalen Zusammenarbeit.

Der KI-Politikgipfel 2024 in Zürich hob interdisziplinäre Ansätze zur KI-Governance hervor, mit Beiträgen von globalen Politikern, Wissenschaftlern und Unternehmen. Dort betonten Politiker die Bedeutung harmonisierter KI-Regulierungen, um den internationalen Handel zu fördern und gleichzeitig Risiken wie technologische Monopolisierung und regulatorische Fragmentierung zu mindern. Der WTO-Bericht stimmt mit diesen Diskussionen überein, indem er die Rolle multilateraler Rahmenwerke betont, um sicherzustellen, dass die Vorteile von KI gerecht verteilt werden, insbesondere für KMUs und Entwicklungsländer, und spiegelt damit Bedenken wider, die auch in Zürich geäußert wurden. Weitere oft genannte Themen betrafen den Vertrauensaufbau in KI-Anwendungen und die Notwendigkeit robuster internationaler Standards.

Ebenso untersuchen Initiativen wie das Weißbuch des Weltwirtschaftsforums (WEF) über KI und Handel, wie generative KI-Lieferkettenlogistik transformieren, grenzüberschreitenden E-Commerce optimieren und den Dienstleistungshandel verbessern kann. Der WTO-Bericht und das WEF-Weißbuch ergänzen sich daher, insbesondere in Bezug auf die Erkenntnisse des WTO-Berichts, wie KI-gestützte Werkzeuge Handelskosten und -barrieren reduzieren, während sie gleichzeitig die Perspektive auf handelspolitische Regelungslücken und den dringenden Bedarf an internationaler politischer Konvergenz hinzufügen.

Zusammen rahmen diese jüngsten Ereignisse und Veröffentlichungen KI sowohl als Treiber als auch als Antwort auf Globalisierungstrends ein und zei-

gen ihre Rolle bei der Neugestaltung wirtschaftlicher Landschaften und Governance-Rahmenwerke auf, während sie aufkommende geopolitische Herausforderungen ansprechen.

Globale Gesundheit

Multilaterale Zusammenarbeit für eine nachhaltige Gesundheitspolitik: Die überarbeiteten IGV

Die Verabschiedung der überarbeiteten Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) durch die Weltgesundheitsversammlung im Mai 2024 wurde weltweit als Erfolg multilateraler Zusammenarbeit gefeiert. Sie sind von entscheidender Bedeutung, da sie die Zusammenarbeit und Koordination zwischen Ländern bei der Bewältigung globaler Gesundheitsbedrohungen, auch über den speziellen Fall einer Pandemie hinaus fördern und aufeinander abstimmen. Dabei wird der Geltungsbereich auch auf pandemische Notfälle, die bisher nicht explizit genannt wurden, ausgeweitet.

Ein zentraler Fortschritt ist die Einführung erweiterter Konsultations- und Berichtspflichten, die eine Lehre aus den Informationsverzögerungen zu Beginn der COVID-19-Pandemie ziehen. Länder sind nun verpflichtet, Ausbrüche transparenter und schneller zu melden, um Verzögerungen bei internationalen Gegenmaßnahmen zu verhindern. Zudem wird die Einrichtung nationaler IGV-Autoritäten gefordert, um die Umsetzung und regelmäßige Berichterstattung zu verbessern.

Die IGV adressieren auch Herausforderungen in der Gesundheitsinfrastruktur: Standards für digitale Gesundheitszertifikate sollen die Fragmentierung bei Impf- und Testnachweisen reduzieren. Darüber hinaus verpflichtet Artikel 13 die WHO, während Gesundheitskrisen gerechteren Zugang zu Gesundheitsprodukten sicherzustellen, auch wenn die Frage des Technologietransfers an dieser Stelle ungelöst blieb und nun einen der wesentlichen Streitpunkte im Pandemieabkommen bildet.

Die Finanzierung bleibt eine Herausforderung: Statt neuer Fonds wird ein Mechanismus eingeführt, der bestehende Mittel koordinieren soll. Doch die Frage, wie dieser Mechanismus operativ ausgestaltet wird, bleibt offen. Entscheidend wird sein, die IGV mit dem entstehenden Pandemieabkommen zu synchronisieren, um eine kohärente und nachhaltige globale Gesundheitsarchitektur zu schaffen.

Die Änderungen der IGV treten 12 Monate⁴³ nach Notifizierung durch den Generaldirektor in Kraft, also am 19. September 2025.

Pandemieabkommen endlich auf der Zielgeraden?

Während die Überarbeitung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der WHO im Mai 2024 auf der Weltgesundheitsversammlung verabschiedet wurde, gehen die Verhandlungen über ein Pandemieabkommen im zwischenstaatlichen Verhandlungsgremium (INB) weiter. Trotz einiger Fortschritte, vor allem in den Bereichen Forschung und lokaler Produktion, bleiben zentrale Themen strittig. Die Differenzen betreffen insbesondere den Zugang zu Krankheitserregern und den Vorteilsausgleich (PABS) sowie den Technologietransfer. Während Entwicklungsländer eine verpflichtende Regelung für den Technologietransfer fordern, bestehen Industrieländer auf einer freiwilligen Lösung. Neben der Uneinigkeit über den Annex zu PABS, ist auch der zur Prävention ein Streitpunkt: Beide werden von den Entwicklungsländern gefordert, um detailliertere Verpflichtungen festzulegen. Industrieländer lehnen diese detaillierten Regelungen ab. Ein geplanter Abschluss im Dezember 2024 und eine Sonder-WHA konnten aufgrund dieser ungelösten Streitpunkte nicht zustande kommen.

Ein Abschluss des Abkommens wird nun für die reguläre WHA im Mai 2025 angestrebt, wobei die laufenden Verhandlungen als entscheidend gelten, um diese Differenzen zu überwinden. Die Verhandlungen werden im Februar 2025 unter neuen geopolitischen Vorzeichen fortgesetzt.

Gesundheitsnotlagen

Während also in Genf die Verhandlungen über ein Pandemieabkommen nur langsam voranschreiten, erfordern die aktuellen Krankheitsausbrüche weltweit dringende Maßnahmen. Besonders in Afrika und anderen Regionen sind Länder mit den Auswirkungen von Mpox, H5N1 und Marburg-Fieber konfrontiert. Diese Ausbrüche erfordern schnelle internationale Reaktionen und zeigen die Dringlichkeit multilateraler Kooperation jenseits der Verhandlungen in Genf.

Mpox (ehemals Affenpocken) bleibt eine ernsthafte Bedrohung, besonders in Afrika, wo im August 2024 ein Gesundheitsnotstand ausgerufen wurde.⁴⁴ Mehr als 17.500 Fälle und 460 Todesfälle wurden bisher gemeldet – ein Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren. Die WHO arbeitet an einer verstärkten Überwachung und an verbesserten Impfkampagnen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen und gefährdete Bevölkerungsgruppen zu schützen.⁴⁵

Auch das Risiko einer Zoonose mit H5N1, einem hochpathogenen **Vogelgrippevirus**, bleibt bestehen. Besonders alarmierend ist die Ausbreitung von H5N1 auf Säugetiere, einschließlich der erstmaligen Entdeckung des Virus in Milchkühen in den USA im Frühling 2024.⁴⁶ Zwar bleibt die Übertragung auf den Menschen selten – 61 Fälle wurden bisher in den USA dokumentiert mit zumeist leichtem Verlauf, aber nach einem Fall mit schwerem Verlauf wurde nun im US-Bundesstaat Kalifornien der Notstand ausgerufen.⁴⁷ Die zunehmende Adaptation des Virus an Säugetierwirte ist ein Warnsignal für die globale Gesundheitsgemeinschaft. Maßnahmen wie verbesserte Biosicherheitsprotokolle, intensive Überwachung und gezielte Forschung zu Übertragungsmechanismen sind entscheidend, um eine größere Verbreitung zu verhindern.

In Ruanda wurde ein Ausbruch des **Marburg-Virus** erfolgreich bekämpft, einer schweren Krankheit, die durch hämorrhagisches⁴⁸ Fieber gekennzeichnet ist. Mit 66 bestätigten Fällen⁴⁹ gehörte der Ausbruch zu den größten seiner Art. Dank einer raschen und koordinierten Reaktion der ruandischen Regierung, der WHO, der afrikanischen CDC und weiterer Partner wurde der Ausbruch erfolgreich eingedämmt. Verbesserte Überwachungssysteme, schnelle Labortests, optimierte Behandlungen und intensive Aufklärungskampagnen trugen maßgeblich zu diesem Erfolg bei. Am 20. Dezember wurde in Kigali offiziell das Ende des Ausbruchs gefeiert, mit einer für Marburg ungewöhnlich niedrigen Sterblichkeitsrate von 22,7%.⁵⁰

Während Ruanda das Ende des Marburg-Ausbruchs feiert, steht die Demokratische Republik Kongo (DRC) vor einer anderen gesundheitlichen

⁴³ Gem. Art. 59 der IHR in der 2022 geänderten Fassung. Vier Mitgliedstaaten (Argentinien, die Niederlande, Russland und die Slowakei) hatten jedoch Vorbehalte und eine Prüfung der Änderungen angekündigt. Für diese gilt eine 24-monatige Frist ab Notifizierung des Generaldirektors, also bis 19. September 2026.

⁴⁴ Die Erklärung des WHO-Generaldirektors finden Sie [hier](#).

⁴⁵ Die Relevanz dieses Ausbruchs für andere Staaten wird [hier](#) beleuchtet.

⁴⁶ <https://publichealth.jhu.edu/2024/whats-happening-with-dairy-cows-and-bird-flu>

⁴⁷ Die Erklärung des Kalifornischen Gouverneurs finden Sie [hier](#) und auch deutsche Medien berichten, z.B. [hier](#).

⁴⁸ Hämorrhagisch bedeutet, dass die Krankheit mit Blutungen einhergeht, die durch Schädigungen der Blutgefäße verursacht werden können.

⁴⁹ Auf den Seiten des [Rwanda Biomedical Centre](#) konnte die Ausbreitung aktuell nachvollzogen werden.

⁵⁰ [Health Policy Watch](#) berichtet über die Feierlichkeiten zum offiziellen Ende des Ausbruchs.

Krise. Dort werden Todesfälle untersucht, die auf eine **mysteriöse Krankheit** zurückzuführen sind.⁵¹ Malaria, verstärkt durch Mangelernährung, wird als Hauptursache vermutet, allerdings konnte ein hämorrhagisches Fiebersyndrom nicht ausgeschlossen werden. Die DRC meldete zudem 29 Todesfälle im Zusammenhang mit Mpox (Affpocken) allein in der letzten Woche. Trotz der Bereitstellung von Impfstoffen bleibt die Impfquote in der DRC hinter den Erwartungen zurück, was die Behörden zu verstärkten Maßnahmen zwingt, um die Ausbreitung einzudämmen.

Diese akuten Gesundheitsnotlagen verdeutlichen, wie wichtig es ist, nicht nur die Verhandlungen über ein Pandemieabkommen zügig voranzutreiben, sondern auch konkrete, sofortige Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbrüche zu treffen.

Erfolgreicher Zwischenstand der ersten WHO-Investment Round

Die erste WHO-Investitionsrunde, die von der „Sustainable Finance Working Group“ ins Leben gerufen wurde, hat von Mai bis Dezember 2024 3,8 Milliarden USD (53 % des Zielbetrags von 7,1 Milliarden USD) von 53 Mitgliedstaaten sowie 16 philanthropischen, privaten und multilateralen Akteuren eingeworben. Dies stellt einen wichtigen Schritt hin zu einer nachhaltigen, flexiblen und vorhersehbaren Finanzierung für die WHO dar, die neben den veranlagten Beiträgen zur Deckung der finanziellen Bedürfnisse der WHO beiträgt. Für den Zeitraum 2025-2028 sind insgesamt 11,1 Milliarden USD an Mitteln erforderlich, wovon 4 Milliarden USD aus den veranlagten Beiträgen stammen. Im Vergleich zum Jahr 2020, als nur 17 % der Finanzierung zu Beginn der vorherigen Strategie gesichert waren, ist dies ein erheblicher Fortschritt.

Obwohl 92 % der zugesagten Mittel aus hochentwickelten Ländern stammen, ist es positiv, dass auch viele Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen (LMICs) ihre veranlagten Beiträge mehr als verdoppelt haben.⁵² Deutschland hat sich besonders für eine nachhaltige Finanzierung eingesetzt und die Investitionsrunde zusammen mit Brasilien, Frankreich, der Afrikanischen Union, Saudi-Arabien, Norwegen, Indonesien und Südafrika co-geführt. Die Investitionsrunde stellt einen wegweisenden Schritt für eine langfristige Finanzplanung der WHO dar, doch es bleibt wichtig, die verbleibende Lücke zu schließen und auch die Mit-

gliedstaaten anzusprechen, die noch keine Zusagen über die veranlagten Beiträge hinaus gemacht haben.⁵³

G20 setzt neue Akzente in der globalen Gesundheitsarchitektur

Der G20-Gipfel 2024 unter saudischer Präsidentschaft widmete sich in zentralen Teilen der Stärkung der globalen Gesundheitsarchitektur und erzielte bemerkenswerte Fortschritte. Besonders hervorgehoben wurde die Notwendigkeit, die Gesundheitsfinanzierung zu verbessern, um die Widerstandsfähigkeit gegen künftige Pandemien zu stärken. Der Pandemiefonds, der insbesondere ärmeren Ländern zugutekommen soll, erhielt durch neue Zusagen aus Saudi-Arabien und Indien eine bedeutende finanzielle Aufstockung. Zudem verpflichteten sich die G20-Mitglieder zur verstärkten Umsetzung der One-Health-Strategie, die menschliche, tierische und ökologische Gesundheit miteinander verknüpft, um Zoonosen und anderen Gesundheitsgefahren vorzubeugen. Ein weiteres wichtiges Ergebnis war die Einführung eines gemeinsamen Programms zur Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten wie Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die in vielen Mitgliedsländern eine der Hauptursachen für Mortalität darstellen. Deutschland begrüßte die Beschlüsse und unterstrich seine Bereitschaft, die internationalen Bemühungen finanziell und organisatorisch zu unterstützen. Kanzler Olaf Scholz betonte die Bedeutung des Pandemiefonds und kündigte zusätzliche deutsche Mittel an. Darüber hinaus brachte die deutsche Delegation innovative Vorschläge für die internationale Forschung im Bereich One Health ein, die auf breites Interesse stießen.

COP29: Gesundheit im Zeitalter der Klimakrise

Die 29. UN-Klimakonferenz (COP29), die vom 11. bis 22. November 2024 in Baku stattfand, stellte erneut den Zusammenhang zwischen Klimawandel und globaler Gesundheit in den Mittelpunkt. Eine zentrale Resolution forderte die Stärkung der Gesundheitssysteme weltweit, um diese widerstandsfähiger gegen klimabedingte Herausforderungen wie Hitzewellen, Überschwemmungen und die Ausbreitung von Vektor-übertragenen Krankheiten wie Malaria und Dengue zu machen. Im Rahmen dieser Bemühungen wurde ein neuer globaler Fonds mit 1,2 Milliarden USD eingerichtet, um besonders betroffene Länder beim Aus-

⁵¹ Ein Interview mit Gerard Krause hierzu findet sich [hier](#).

⁵² Eine wertvolle Analyse der Beiträge zur Investment Round findet sich [hier](#).

⁵³ Unsere [Karte des Monats 12/2024](#) verschafft ebenfalls einen guten Überblick.

bau ihrer Gesundheitsinfrastruktur zu unterstützen. Zudem kündigte die WHO ein erweitertes Überwachungsprogramm an, das klimabedingte Gesundheitsrisiken frühzeitig erkennen und bekämpfen soll. Deutschland spielte eine aktive Rolle und stellte 200 Millionen Euro für diesen Fonds zur Verfügung, während Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach die Bedeutung der Verknüpfung von Klimapolitik und Gesundheit hervorhob. Die deutsche Delegation begrüßte zudem die Aufnahme von Gesundheitsthemen in die Berichterstattung des Weltklimarats, was als wichtiger Schritt zur Sensibilisierung für die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels angesehen wird.

Ein bedeutender Schritt in dieser Richtung war die Gründung der „Koalition der Baku COP-Präsidentschaften für Klima und Gesundheit“, einer Koalition, die von Aserbaidschan, Brasilien, Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Vereinigten Königreich geführt wird. Diese Koalition, die in Partnerschaft mit der WHO arbeitet, soll langfristige Rahmenbedingungen schaffen, um die gesundheitlichen Ergebnisse aus bisherigen Klimaverpflichtungen weiter zu fördern.⁵⁴

Globaler Schulterschluss gegen Antibiotikaresistenzen

2024 war ein wegweisendes Jahr im Kampf gegen antimikrobielle Resistenzen (AMR). Auf der UN-Ge-

neralversammlung im September verabschiedeten die Mitgliedstaaten eine politische Erklärung, die AMR als globale Bedrohung anerkennt und entschlossene Maßnahmen fordert.⁵⁵ Die Erklärung hebt die Bedeutung eines One-Health-Ansatzes hervor, der menschliche, tierische und Umweltgesundheit verknüpft. Länder verpflichteten sich, nationale AMR-Pläne zu entwickeln oder zu stärken, den Einsatz antimikrobieller Mittel zu regulieren und die Forschung zu neuen Therapien voranzutreiben.

An diese Ziele knüpfte die Ministerkonferenz in Dschidda, Saudi-Arabien, an. Vom 15. bis 16. November 2024 wurden Strategien zur Umsetzung der UN-Erklärung diskutiert. Fortschritte gab es bei der Harmonisierung von Überwachungsstandards und der Förderung von Public-Private-Partnerships. Deutschland setzte ein Zeichen, indem es zusätzliche Mittel für Forschung und globale AMR-Initiativen bereitstellte.

Die Herausforderungen bleiben jedoch gewaltig: Der Zugang zu neuen Medikamenten, insbesondere in einkommensschwachen Ländern, muss verbessert und die Finanzierung nachhaltiger Mechanismen gesichert werden. Die Fortschritte dieses Jahres sind ein Zeichen globaler Einigkeit – die Umsetzung wird entscheidend sein.

⁵⁴ Weitere Informationen finden sich [hier](#).

⁵⁵ Die offizielle Berichterstattung und die Erklärung finden Sie [hier](#).

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V

Andrea E. Ostheimer

Director Multilateral Dialogue Geneva

European and International Cooperation

andrea.ostheimer@kas.de



The text of this work is licensed under the terms of by "Creative Commons Attribution-ShareAlike same conditions 4.0 international", CC BY-SA 4.0